

sueddeutsche.de

Ressort: Politik
 URL: /politik/696/473213/text/7/
 Datum und Zeit: 25.06.2009 - 10:20

25.06.2009 9:33 Uhr

Ost-Förderung: Posse um Studie

Tiefensee und die "Fiktion des perfekten Wohlstands"

Rein ins Internet, raus - und wieder rein: Wie eine Posse um eine kritische Studie zur Ost-Förderung Minister Tiefensee in Bedrängnis bringt.

Von *Thorsten Denkler, Berlin*

Was als harmlose Studie für den internen Gebrauch seinen Anfang nahm, endet in einem Kommunikations-Desaster für Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD): Vergangenen Montag stellte Tiefensee zusammen mit dem Berlin-Institut eine Studie zum demographischen Wandel in Deutschland vor - mit dem Titel: "Demografischer Wandel - Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder". Die Berichterstattung darüber war jedoch offensichtlich nicht nach dem Geschmack des Ministers.

Statt über die vielen Chancen zu schreiben, die die Autoren auch für strukturschwache Regionen ausgemacht haben, berichteten die Zeitungen über teure und wirkungslose Groß- und Kleinprojekte auch aus dem Hause Tiefensee, mit denen die Vergreisung und Entvölkerung mancher Landstriche aufgehalten werden soll.

Die Autoren des 64 Seiten starken Gutachtens, Andreas Weber und Reiner Klingholz, legen in dem Papier nahe, bestimmte Regionen vor allem in den neuen Ländern nicht länger gesondert zu fördern. Grund: Bisher hätten sich nahezu alle Ansätze als kostenintensiv, aber wirkungslos erwiesen. Freilich ist das keine Nachricht, mit der Sozialdemokrat Tiefensee punkten kann.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung ließ die Studie kurzerhand von der Seite des Institutes löschen. Am Dienstag erreichte das Berlin-Institut der "Wunsch des Ministeriums, die Studie von der Seite zu nehmen", sagte Institutsmitarbeiter Christian Kutzner zu *sueddeutsche.de*.

Über die Gründe habe sich der Anrufer ausgeschwiegen. Doch offensichtlich hat Tiefensee der Inhalt nicht gepasst - so schildern es zumindest Personen, die mit der Causa zu tun hatten. Ministeriumssprecher Rainer Lingenthal hingegen teilte auf Anfrage mit, das Institut habe die Studie ohne Absprache veröffentlicht. Dies sei aber von Anfang an seitens des Ministeriums weder vorgesehen noch erwünscht gewesen.

"Interne Arbeitsvorlage"

Die brisanten Inhalte der Studie jedenfalls können das Ministerium nicht überrascht haben. Führende Ministerielle aus Tiefensees engstem Mitarbeiterkreis waren von Beginn an in das Projekt einbezogen. Unter anderem Rainer Lingenthal. Er ist nicht nur Tiefensees erster Pressesprecher sondern verantwortet zugleich die Abteilung "NL (B) Angelegenheiten der Neuen Bundesländer" im Tiefensee-Ministerium. Er hat nach eigenen Angaben die Studie schon in der vergangenen Woche in Händen gehalten. Von ihm kam auch der Vorschlag, die Studie am Montag medienwirksam der Öffentlichkeit vorzustellen. Ursprünglich war sie nämlich lediglich als interne Arbeitsvorlage konzipiert worden. Schon das zeige, dass der Eindruck "absurd ist", Tiefensee hätte ein nicht genehme Studie der Öffentlichkeit entziehen wollen.

Weitere Kehrtwende

An diesem Mittwoch dann eine abermalige Kehrtwende. Erst rein ins Netz, dann raus aus dem Netz und jetzt wieder rein ins Netz: Das Ministerium veröffentlicht die Studie nach ersten kritischen Berichten über die Löschaktion überraschend prominent auf der Startseite des eigenen Internetangebotes. Allerdings ist der Studie hier ein kritischer Kommentar vorgeschaltet.

Das Ministerium müsse manche kritischen Punkte der Studie "dezidiert zurückweisen", heißt es da. Aus wissenschaftlicher Sicht möge es "rational erscheinen, bestimmte Regionen nicht weiter zu fördern". Das sei aber für die Bundesregierung "absolut inakzeptabel". "Wir geben keinen Menschen auf, wir geben kein Dorf auf, wir geben keine Region auf", heißt es.

Von "Aufgeben" sei in der Studie auch nie die Rede gewesen, sagt Studienautor Andreas Weber zu *sueddeutsche.de*. "Wir haben lediglich darauf hingewiesen, dass es Räume gibt, denen es trotz hoher Förderung immer schlechter geht." An dieser Stelle gebe



In Bedrängnis: Minister Wolfgang Tiefensee (SPD). (Foto: ddp)

es jedoch offenbar eine "große Empfindlichkeit" in der Politik.

Der Kern des Streits entzündet sich daran, was der grundgesetzliche Auftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen, in der Praxis bedeutet. Weber spricht sich für eine Neudefinition des Begriffes aus. Politik müsse sich lösen von der "Fiktion des perfekten Wohlstands". Der lasse sich nicht realisieren. Die Bürger in den strukturschwachen Regionen im Osten wüssten das. Nur die Politik verwechsle immer noch "einen Luxusanspruch, mit dem, was die Basis einer Grundversorgung ist", sagt Weber.

Weber will lieber die Eigeninitiative in den betroffenen Regionen stärken. Das koste kaum Geld, verspreche aber wesentlich höhere Erfolgsquoten.

Paradebeispiel ist das österreichische Städtchen Güssing an der ungarischen Grenze. 3800 Einwohner hat der Ort und außer viel Wald nicht viel zu bieten. Was Güssing so besonders macht: Die Güssinger produzieren seit den neunziger Jahren aus Holz Strom. Das inzwischen äußerst erfolgreich. Jährlich produziert Güssing Strom und Wärme im Wert von 20 Millionen Euro und seit 2005 mehr als die Bewohner verbrauchen.

In den achtziger Jahren galt Güssing noch als ärmste Gemeinde Österreichs. Heute versorgt sich das burgenländische Güssing selbst, hat weit über 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen, neue Betriebe angesiedelt und tut nebenbei auch noch etwas für die Umwelt. Am Anfang gab es etwas Fördergeld von der Europäischen Union. Das war es. Weber nennt das eine Win-win-Situation.

Wer noch laufen kann, zieht weg

Hierzulande werden dagegen zwei völlig andere Ansätze verfolgt: Anpassung an den demographischen Wandel und/oder Gegensteuern etwa mit Versuchen, die Geburtenrate zu steigern.

Anpassen bedeutet in der Praxis: ausdünnen des öffentlichen Personennahverkehrs, Schließen von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern. Nachteil: ein beschleunigter demographischer Wandel. Wer noch laufen kann, zieht weg.

Aufs Gegensteuern zielen dagegen Projekte, die etwa die Betreuungssituation für Kinder verbessern sollen. Andernorts wird versucht, das Heimatgefühl der verbliebenen Bewohner zu stärken. Nicht bedacht wird: Wo es keine Arbeit gibt, ist die Frage der Betreuung und des Heimatgefühls eher zweitrangig.

Unterm Strich wir nach Ansicht der Autoren viel Geld dafür verpulvert, althergebrachte Strukturen aufrechtzuerhalten, statt neue, innovative Ideen zu fördern. Statt etwa verschiedene Schulformen in einer Gemeinschaftsschule zusammenzufassen, werden bestimmte Schultypen lieber geschlossen, wenn die Schülerzahlen sinken.

Ergebnis: In manchen Regionen Brandenburgs müssen Schüler bis zu zwei Stunden Fahrzeit zum nächstgelegenen Gymnasium auf sich nehmen. Für einen Weg.

Vorgegebene Klassengrößen und Schulstrukturen verhindern so Lösungen, die den Menschen zugutekommen. "Wir schaffen uns die demographischen Probleme, die wir lösen wollen, erst selbst", konstatieren die Autoren in ihrer Studie.

Zur Wahrheit gehört in ihren Augen auch: Manche Regionen sind nicht mehr zu retten. Das liege vor allem an den Bewohnern selbst. Die seien oft demotiviert und zu keiner innovativen Idee mehr fähig. Politiker versprächen dennoch weiter das Blaue vom Himmel. Folge: Statt die Eigeninitiative der Verantwortlichen herauszufordern, verharrten die Menschen in einem überzogenen Anspruchsdenken.

Politischer Sprengstoff

Tiefensee seien diese Wahrheiten offenbar wie politischer Sprengstoff vorgekommen, vermutet Weber. Zumal im Wahljahr 2009. Ausdrücklich distanziert sich denn auch Tiefensees Ministerium von der Studie, "denn anders als das Berlin-Institut wird die Politik nie 'verlorene Regionen' akzeptieren, sondern Menschen in allen Regionen Lebenschancen sichern".

Das Berlin-Institut dürfe die Studie übrigens auch nach der überraschenden Veröffentlichung auf den Ministeriumsseiten nicht wieder auf den eigenen Seiten zum Herunterladen bereitstellen, sagte ein Instituts-Mitarbeiter zu *sueddeutsche.de*. Offenbar legt das Ministerium großen Wert darauf, dass die Studie nicht ohne den kritischen Kommentar des Hauses wahrgenommen wird. Dass das im Internet allerdings ein erfolgloses Unterfangen ist, zeigt [dieser direkte Link auf die Studie](#).

(sueddeutsche.de/plin/cat)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH
 Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über www.diz-muenchen.de



Leere Kinderbetten:
 demographischer Wandel in real existierender Form. (Foto: ddp)